

gung des Nazismus im zweiten Weltkrieg, des starken Einflusses der Widerstandskämpfer und der Forderungen der breiten Volksmassen nach einer demokratischen Neuordnung nicht zu umgehen war. So wurden die Menschenrechte in den Grundrechtskatalog aufgenommen, wurde die Vorbereitung und Führung von Aggressionskriegen verboten und unter Strafe gestellt und das demokratische Völkerrecht für unmittelbar verbindlich erklärt.

Dieser historische Zusammenhang läßt nicht nur die Behauptung der Bundesregierung, ausgerechnet die Organisationen der Widerstandskämpfer griffen dieses Grundgesetz an, als völlig haltlos erscheinen, sondern zeigt auch, daß selbst die demokratischen Grundsätze, die im Grundgesetz fixiert sind, der Vollendung der Diktatur der aggressivsten Monopole im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus des Bonner Staates im Wege stehen.

Der Prozeß gegen die VVN enthüllt, daß alle Vorwürfe, die die Bonner Regierung gegen sie erhebt, Ausdruck ihres Strebens sind, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu liquidieren und immer offener die antidemokratische und friedensfeindliche Politik des Hitler-Regimes wiederaufzunehmen und fortzuführen.

Geradezu ungeheuerlich aber ist es, daß die Bonner Regierung ihren Angriff nicht nur gegen die VVN, sondern — wie in dem Verbotsantrag und in den Regierungsschriftsätzen zum Ausdruck kommt — auch gegen die Fédération Internationale des Résistants (FIR), die internationale Föderation der Widerstandskämpfer, richtet.

Diese Tatsache demonstriert, welche Gefahr auch den anderen Nationen von den Bonner Militaristen droht. Die in der FIR organisierten Widerstandskämpfer der europäischen Völker treten heute auf internationaler Ebene für die Prinzipien der Koexistenz, der Völkerfreundschaft, des Humanismus und für die Lösung aller Streitfragen durch friedliche Verhandlungen ein. Sie angreifen heißt, diese Prinzipien negieren und den Versuch unternehmen, vor allem die Regierungen der NATO-Länder vollends zur Abkehr von den Grundsätzen des demokratischen Völkerrechts zu bewegen.

Auf die Bundesrepublik trifft voll und ganz die Feststellung im Programm der KPdSU zu: „Auf allen Gebieten verstärkt sich die politische Reaktion wie nie zuvor; die bürgerlichen Freiheiten werden aufgehoben, und in einer Anzahl von Ländern werden faschistische Tyrannen errichtet.“<sup>6</sup>

#### **Die Verteidigung der VVN — Sache der Demokraten und Friedensanhänger in Deutschland und in der ganzen Welt**

Im Prozeß gegen die VVN geht es nicht nur um das Verbot der Organisationen der westdeutschen Widerstandskämpfer. In ihm stehen sich die Repräsentanten zweier Wege einer deutschen Politik gegenüber: auf der einen Seite die reaktionären und militaristischen Kräfte, die die Bundesrepublik beherrschen, erneut aggressive Kriegspolitik betreiben und eine neue Form der faschistischen Diktatur anstreben; auf der anderen Seite die Widerstandskämpfer, die für eine auf den Frieden und eine demokratische Ordnung gerichtete Politik eintreten, die allein den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes und den Interessen der anderen Völker entspricht.

Die Richter des Bundesverwaltungsgerichts sind Organe des Staates der Militaristen. Sie haben zu erkennen gegeben, daß sie im Sinne der Verbotsforderung gegen

die VVN Vorgehen wollen. Sie haben aber auch ihr Unbehagen gegenüber dieser ihnen zugeschobenen Aufgabe geäußert.

In allen Ländern der Welt wächst die Sehnsucht nach Frieden und damit der Wille, aktiv für seine Verteidigung einzutreten. Auch in Westdeutschland erheben immer mehr Menschen ihre Stimme für eine Politik der Vernunft. Überall wächst auch die Erkenntnis, daß von dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus die Hauptgefahr für den Frieden in Europa droht und daß auf dem Territorium der Bundesrepublik erneut dieselben Kräfte ihr Unwesen treiben, die auch für die nazistische Barbarei und das Völkermorden des zweiten Weltkrieges verantwortlich sind.

Es kommt jetzt darauf an, durch eine weltweite Protestbewegung der Verbotsdrohung entgegenzutreten und die gesamte deutsche und internationale Öffentlichkeit gegen das Verbot der VVN zu mobilisieren.

Allen Demokraten und friedliebenden Menschen muß klarwerden, daß sie mit der Verteidigung der VVN den Frieden und die Demokratie auch in ihrem eigenen Lande verteidigen und den abenteuerlichen Aggressionsplänen des westdeutschen Militarismus in den Arm fallen.

---

#### **Juristen der DDR protestieren gegen VVN-Verbotsprozeß**

*An den*

*Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts*

*Herr Präsident!*

*Anläßlich einer Beratung des Zentralvorstandes der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands erheben die Mitglieder dieses Gremiums im Namen der 4000 in der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands organisierten Juristen der Deutschen Demokratischen Republik schärfsten Protest gegen die rechtswidrige Durchführung eines Verfahrens, das darauf gerichtet ist, die VVN zu verfassungsfeindlichen und damit verbotenen Organisationen zu erklären. Mit diesem Prozeß, der unmittelbar gegen die antifaschistischen Widerstandskämpfer in Westdeutschland gerichtet ist, mißachtet und verläßt die Bundesregierung offenkundig die Normen des Völkerrechts, wie sie im Potsdamer Abkommen und in anderen völkerrechtlichen Vereinbarungen rechtsverbindlich ihren Ausdruck gefunden haben. Ferner mißachtet sie skrupellos das eigene Grundgesetz der Bundesrepublik, in dem diese Normen zum geltenden Recht erklärt worden sind. Es ist erkennbar, daß mit diesem auf Antrag der Bundesregierung eröffneten Prozeß diejenigen Menschen getroffen werden sollen, die unabhängig von ihren Weltanschauungen und ihrem Glaubensbekenntnis Seite an Seite mit den Völkern der Anti-Hitler-Koalition aktiv das barbarische Hitler-Regime bekämpft und größte Opfer gebracht haben. Daher ist der Prozeß rechtswidrig. Bereits seine Einleitung stellt eine Verunglimpfung und Diskriminierung des unvergänglichen historischen Opfermutes der Menschen dar, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, die Lehren der deutschen Geschichte wachzuhalten und auf die Gefahren der Wiederbelebung des Nazismus in Westdeutschland hinzuweisen.*

*In Übereinstimmung mit grundlegenden Normen des Rechts erheben wir schärfsten Protest gegen diesen Prozeß.*

*Wir erinnern die Juristen des Bundesverwaltungsgerichts mit allem Ernst an die große Verantwortung, die sie vor unserem Volke und den Völkern der Anti-Hitler-Koalition zu tragen haben, und fordern, alle Maßnahmen gegen die VVN einzustellen.*

<sup>6</sup> Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1961, S. 24.